



extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

Wahlsgabe 2001



Miteinander für Berlin

Berlin wählt am 21. Oktober. Dem vorausgegangen ist eine Krise des Berliner Senats aus CDU und SPD, der sowohl inhaltlich wie finanziell abgewirtschaftet hat. Neben den Wahlen zum Abgeordnetenhaus finden auch die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt.



Gernot Klemm
Jahrgang 1965, Politologe,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
kandidiert erneut direkt im Wahlkreis 5 (Weißensee-Süd)

Im fusionierten Großbezirk Prenzlauer Berg / Weißensee / Pankow hat die PDS schon seit Jahren politische Verantwortung getragen. Bei den Wahlen 1999 ist die PDS zur stärksten Partei in der BVV gewählt worden und stellte mit Christine Keil, Dr. Andreas Bossman und Burkhard Kleinert drei von sechs Bezirksstadträten. Trotz der katastrophalen Haushaltslage ist es uns im Bezirk gelungen, die soziale Infrastruktur im Bezirk weitestgehend zu erhalten und punktuell auszubauen. Notwendige Einsparungen wurden auf Kosten von Verwaltung und Beton und nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger erbracht.

Wahlkämpfe sind eine Zeit der großen Versprechungen der Parteien. So kündigen SPD und CDU Verbesserungen an, für die aufgrund

ihres politischen Wirkens der vergangenen zehn Jahre die Handlungsgrundlagen fehlen. Die PDS kann und wird keine vollmundigen Versprechungen abgeben. Allerdings werden wir dafür eintreten, daß die Finanzprobleme Berlins nicht auf Kosten der sozial Schwachen und auf Kosten der nachgeordneten Bezirksverwaltungen „gelöst“ werden.

Nicht bei den sozial schwachen sparen

Trotz der Zwänge bei der Haushaltspolitik wird sich die PDS im Bezirk weiterhin dafür einsetzen, daß an den Angeboten und Leistungen, die den Menschen im Bezirk unmittelbar zugute kommen, die geringsten Abstriche gemacht werden. Das bedeutet, daß die Bereiche Soziales, Senioren, Kultur, Frauen, Migration, Jugend und Schule und die auf diesem Gebiet arbeitenden Freien Träger weitestgehend von Haushaltskürzungen ausgenommen werden sollen.

Die PDS setzt sich für ein solidarisches Miteinander von jung und alt im Bezirk ein. Sie steht für ein würdiges Leben im Alter und für die Einbeziehung älterer Menschen in die Kommunalpolitik genauso wie für die Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Bezirks.

Die PDS setzt sich für eine innovative Beschäftigungspolitik im Bezirk ein – insbesondere für die unbürokratische Förderung von Gewerbe und kleinen und mittleren Unternehmen. Sie tritt dafür ein, daß Sozialhilfeempfänger durch Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt dauerhaft von Sozialhilfe unabhängig werden.

Solodarische Stadt

Die PDS steht für eine Politik, die Rahmenbedingungen dafür schafft, die ca. 20.000 in unserem Bezirk lebenden MigrantInnen zu integrieren. Das bedeutet zugleich, dem alltäglichen Rassismus offensiv entgegenzutreten. Wir stehen für

Antifaschismus und die Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die PDS steht für eine Stadtentwicklung, die an die wirtschaftlichen Potentiale des Bezirkes wie den Gesundheitsstandort Buch als Innovationszentrum anknüpft und diese weiterentwickeln will, die aber zugleich die ökologische Situation im Bezirk verbessert, indem sie auf Innenentwicklung statt auf externe Stadterweiterung setzt. Wir wollen eine Politik, die bezahlbaren Wohnraum sichert und den öffentlichen Personennahverkehr fördert.

Demokratie für alle

Die wesentliche Prämisse von PDS-Politik ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne streben wir den Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten durch Bürgerbefragungen, Bürgerentscheide und Einwohnerfragestunden in der Bezirksverordnetenversammlung an. Auch bei der Suche nach einem Bezirksnamen, der von den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk breit getragen wird und deshalb nicht der Name eines der drei Alt-Bezirke sein sollte, setzen wir auf breitest mögliche Beteiligung der BewohnerInnen unseres Bezirkes.

Um in diesem Sinne tätig werden zu können, werben die Kandidatinnen und Kandidaten der PDS für die Bezirksverordnetenversammlung um Ihre Stimme. Dabei streben wir erneut an, stärkste Fraktion in der BVV zu werden.

Als stärkste Partei wollen wir nach den Wahlen auch die Bezirksbürgermeisterin bzw. den Bezirksbürgermeister stellen. Für die Übernahme dieses Amtes stehen unter anderem sowohl Christine Keil als auch Burkhard Kleinert zur Verfügung. Nach den Wahlen werden wir mit den anderen demokratischen Parteien im Bezirk über die konkrete Besetzung dieses Amtes verhandeln.

Gernot Klemm
PDS-Bezirksvorsitzender

Kultur ist Lebensmittel

Burkhard Kleinert,
Stadtrat für Kultur, Finanzen und
Immobilien,
ist Spitzenkandidat der PDS.

Du bist seit 1996 als Bezirksstadtrat neben anderem auch für Kultur zuständig, zunächst im Prenzlauer Berg und seit einem knappen Jahr im Großbezirk. Welche Bilanz ziehst Du für diesen Bereich?

Wenn ich auf meine Amtszeit zurück blicke, kann ich sagen, daß es gelungen ist, trotz der Einschränkungen durch die Berliner Haushaltsmisere die wichtige Funktion des Kulturbereiches für den Bezirk zu erhalten. Verglichen mit anderen Berliner Bezirken hatte der Prenzlauer Berg genauso wie mittlerweile der Fusionsbezirk in der Kulturarbeit stets einen Spitzenplatz inne.

Bei Deinem Amtsantritt hastest Du versprochen, die kulturelle Vielfalt und Besonderheit der drei ehemaligen Bezirke zu erhalten. Ist das gelungen?

Die besondere Prägung der einzelnen Ortsteile sind das Ergebnis komplexer Entwicklungen, die weit in die jeweilige Geschichte dieser Ortsteile zurück reichen. Die kulturellen Aktivitäten und Interessen der Bewohner entwickelten sich dabei in einem eher losen Zusammenhang zu den Absichten der Bezirkspolitik. Wichtig ist jedoch, daß der Bevölkerung künstlerische und kulturelle Angebote unterbreitet werden, die mindestens den allgemein anerkannten Standards entsprechen - trotz der angespannten Haushaltslage. Darum ist es als Erfolg zu werten, daß die Angebote der Musikschule, der Volkshochschule, der Bibliotheken und des Kulturamtes mit seinen Veranstaltungsstätten, Galerien und Einrichtungen zur bezirklichen Geschichtsarbeit im Fusionsprozeß erhalten werden konnten. Das gilt auch für die Förderung von Projekten der freien Szene.

Die PDS hat sich bis 2004 die Erarbeitung einer mittelfristigen Kulturentwicklungsplanung vorgenommen. Welche Ansätze gibt es dazu bisher?

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Bestandsaufnahme aller Angebote und der Infrastruktur. Das ist abgeschlossen. Unter Berücksichtigung der differenzierten Interessen und Bedürfnisse in den Ortsteilen müssen nun diese Strukturen überprüft werden, wobei es vor allem um den Abbau der gravierendsten Defizite geht. Trotzdem könnte die bezirkliche Kulturarbeit zu den ersten Opfern einer neuen Senatspolitik gehören, wenn sich der finanzielle und personelle Kahl Schlag in den Bezirken fortsetzt. Bis heute ist nicht zu erkennen, ob die alte Forderung von PDS und Grünen nach einem Berliner Kulturgesetz, daß die kulturellen Aufgaben von Land und Bezirken fixiert, überhaupt noch ernsthaft in Betracht gezogen wird. Kulturentwicklungsplanung könnte sich ab 2002 schnell zur Abrißplanung auswachsen.

Welche Erfahrungen sind Dir bei der demokratischen Mitwirkung und Förderung der Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig?

Ohne die engagierte Initiative der vielen an Kultur, Kunst und Stadtgeschichte Interessierten wäre eine erfolgreiche kommunale Kulturarbeit gar nicht möglich. Voraussetzung dafür ist Information und Öffentlichkeitsarbeit, wofür ein erstes Konzept für den Großbezirk entwickelt wurde. Bewährt hat sich die Schaffung von ehrenamtlichen Beiräten und Gremien, die die kulturellen Aktivitäten fachlich begleiten und Empfehlungen für Entscheidungen erarbeiten.

Welche Aufgaben stehen nach den Neuwahlen auf der Tagesordnung?
Zunächst wird es um die Ressortverteilung im Bezirksamt gehen,

wobei ich für eine erneute Besetzung des Kulturressorts durch die PDS bin. Bei der anschließenden Verabschiedung des Haushalts 2002 muß verhindert werden, daß noch



mehr Angebote und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger wegfallen. Wir brauchen einen an ihren Bedürfnissen orientierten Planungs- und Handlungsrahmen. Nur auf dieser Grundlage können langfristig die knappen finanziellen Mittel sparsam eingesetzt werden.

Burkhard Kleinert
Jahrgang 1948,
Soziologe und
Ökonom, seit
1996 Stadtrat

Was hat Dir die Arbeit als Bezirksstadtrat persönlich bedeutet?

Das Amt war und ist für mich eine Herausforderung, Handlungsspielräume zu schaffen, zu erhalten und auszunutzen und so den Bezirk voran zu bringen. Auch wenn mich in der Berliner Verwaltung vieles an meine früheren Kombiatsjahre erinnert, erhalte ich aus meiner Arbeit und den damit verbundenen persönlichen Begegnungen mit Akteuren und Betroffenen ausreichend Anregung und Impulse zum Weitermachen. Obwohl mein notorischer Optimismus mehrfach im Irrtum endete, erwarte ich immer noch bessere Zeiten, auch für die Bezirkshaushalte.

Interview: Horst Zakrzewski

Abgesang und Ausblick



Das war sie, die IV. Wahlperiode für die Bezirksverordnetenversammlung. Nur zwei Jahre dauerte sie, statt der verfassungsmäßigen fünf. Und das ist gut so, wie unser Regierender Bürgermeister – in anderem Zusammenhang zwar – erklärte. Weil: die schwarz-rote Koalition, die Berlin seit Anfang der neunziger Jahre in eine Miswirtschaft von nie gekanntem Ausmaß geführt hat, ist vorzeitig verabschiedet worden. Zum Segen hoffentlich auch unseres Bezirks.

Das herausragendste Ereignis in der verkürzten Legislatur war ohne jeden Zweifel die Vereinbarung zwischen der PDS und der SPD vom 13.9.2000 zu gemeinsamen Projekten der kommunalpolitischen Arbeit

Die nebenstehende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktivitäten der einzelnen Fraktionen vor und nach der Fusion der Bezirke. Dabei bleibt das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Anträge und Großen Anfragen, die hier erfaßt wurden, sowie die nach Bezirken unterschiedlichen Umgangsweisen mit ihnen, unberücksichtigt. Dennoch einige Bemerkungen dazu:

So gab es zum Beispiel vor der Fusion vier Anträge von Bürgervertretungen von außerhalb der BVV. Sie kamen allesamt aus Prenzlauer Berg und wurden jeweils von mindestens drei Bezirksverordneten befürwortet. Nach der Fusion gab es bisher nicht einen einzigen. Weggefallen sind auch die

früher im Prenzlauer Berg üblichen Bürgerfragestunden. Die waren in ihren letzten Ausgaben ohnehin saft- und kraftlos. In dem Maße, wie sich die BVV und alle ihre Fraktionen von den Bürgern entfernen, läßt eben deren Interesse für Bürgerveranstaltungen der BVV nach.

der Kompetenzen des bezirklichen Behindertenbeauftragten, des Behindertenbeirates und des Rates für Migrantenangelegenheiten über die Abwehr der Gutsherrinnenmentalität der CDU-Stadträtin Saager – diese hatte eine Veranstaltung der Volkshochschule im Weißenseer Umweltbüro verboten – bis hin zur Intervention in der Debatte um den Bezirksnamen. Im letzteren Fall hatte die PDS-Fraktion die von über 10.000 Bürgerinnen und Bürgern schriftlich geäußerten Ablehnungen des Bezirksnamen Pankow aufgegriffen und eine Korrektur des BVV-Beschlusses vom 6.12.2000 erwirkt.

Bezüglich der sozialen Infrastruktur hat die PDS-Fraktion u.a. den BVV-Beschluß zur Erarbeitung eines Sozialberichtes initiiert, danach weitere Anforderungen an diesen formuliert und einen BVV-Beschluß zum Erhalt der kommunalen Seniorenfreizeitstätten beantragt.

Hervorzuheben sind auch die Aktivitäten der PDS-Fraktion zum Kleingarten- und Siedlungswesen. Vor der Fusion gab es dazu allein in Weißensee drei Große Anfragen und einen Antrag von den demokratischen Sozialisten. Nach der Fusion hatte die PDS-Fraktion einen Antrag zur Änderung des Flächennutzungsplanes eingebracht, der auch von der BVV nach der zweiten Lesung beschlossen wurde. Danach lehnt die BVV den Straßenbau durch die Gartenanlagen am Volkspark Prenzlauer Berg ab und fordert, diese Gartenanlagen als Dauerkleingärten auszuweisen.

Die IV. Wahlperiode ging nicht einmal über die halbe Distanz. Die fünfte bringt in jedem Fall neue Vorstellungen und einen neuen politischen Rahmen. Bleibt zu hoffen und zu fordern, daß dies auch für unseren Bezirk Nutzen bringt, für Demokratiegewinn und soziale Gerechtigkeit.

Bezirksverordnetenversammlungen (IV. Wahlperiode)						
Anträge und Große Anfragen nach Einreichern						
	PDS	SPD	CDU	B90/Grü	Bürgerinitiativen	Ausschüsse und Bezirksamt
Vor der Bezirksfusion (bis Dezember 2000)						
Prenzlauer Berg	30	27	23	31	4	120
Weißensee	37	81	32	27		218
Pankow	23	13	31	20		162
Nach der Bezirksfusion (Oktober 2000 bis Juli 2001)						
3. Bezirk	34	50	34	64		159

im neuen Bezirk Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow und zu Grundsätzen für den Haushalt.

Diese Vereinbarungen können nicht hoch genug gewürdigt werden. Politisch stellen sie einen Baustein für die Neuorientierung der SPD und für deren Loslösung von den schwarzen Rocksöhnen dar.

Die PDS hat im dritten Bezirk (im Interesse der Bürger) der SPD – obwohl diese nur drittstärkste Fraktion in der BVV war – zum Bürgermeister verholfen. Dafür konnte die PDS – mit Unterstützung der SPD – den Haushalt für den Großbezirk im Jahr 2001 entsprechend der eigenen Zielstellungen verabschieden, natürlich jedoch unter Bedingungen, die der schwarzrote Pleitesenat noch gesetzt hatte.

Die PDS hatte in der IV. Wahlperiode 35 Bezirksverordnete. Das sind 39,3 Prozent aller 89 Bezirksverordneten. Diese brachten bis 31.12.2000 in den drei Bezirksverordnetenversammlungen 31,6 Prozent der Anträge und Großen Anfragen aller Fraktionen ein, nach der Fusion aber nur 23,6 Prozent. Eine Neuorientierung der PDS-Fraktion in der fünften Wahlperiode scheint unumgänglich.

Schwerpunkte PDS-Fraktion in den vergangenen zwei Jahren waren demokratische Einflußnahme und die Sicherung der sozialen Infrastruktur. Von den 34 Anträgen und Großen Anfragen der PDS-Fraktion nach der Fusion betrafen 13 die demokratischen Teilhabe. Das reichte von der Ausgestaltung

Verantwortung

Nur wenig Zeit blieb den 1999 gewählten Bezirksverordneten, ihre Vorstellungen für die Fusion der Bezirke umzusetzen. Mit dem Zusammenschluß der alten Bezirke Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee hat die Fusion am 1. Januar 2001 erst begonnen.

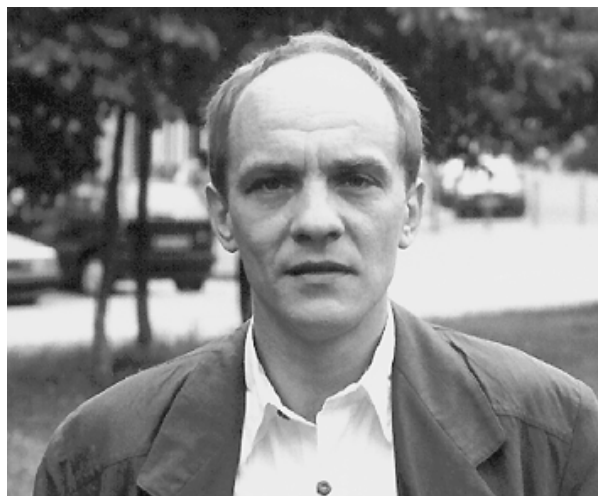
Das Zusammengehen der drei Altbezirke hat sich auch die PDS nicht leicht gemacht, schließlich gehören zu einer engagierten Kommunalpolitik unbedingt auch die enge Bindung an die Wohnorte und Kieze, die enge Bindung an die Wählerinnen und Wähler, die wir nun erneut um ihre Stimme bitten wollen.

Politisch haben wir mit der Bildung einer Zählgemeinschaft mit der SPD für uns Neuland betreten. Dabei war uns die Schaffung einer konstruktiven Mehrheit in der BVV und im Bezirksamt wichtiger, als die Wahl des Bürgermeisters. Mit der Durchsetzung von sozial verpflichtenden Haushaltsgrundsätzen ist es uns so für das Jahr 2001 gelungen, eine Stabilisierung von Lei-

stungen, Angeboten und Einrichtungen des Bezirkes und der Feien Träger zu sichern.

Die Haushaltskrise im Land ist mit dem Skandal um die Seilschaften von Politikern, Möchtegernbankern und sonstigen dubiosen Geschäftsmachern noch deutlicher hervorgetreten. Die bisher besonders den Bezirken auferlegten Konsolidierungslasten haben die Grenzen von möglichen Ausgabensenkungen deutlich werden lassen. Ein politischer Neuanfang ist in Berlin zwingend erforderlich. Umkehr ist angesagt.

Dabei will sich die PDS einer wirklichen Konsolidierung der Landesfinanzen nicht verweigern. Doch halten wir an unserem Grundatz fest, einem Abbau von kommunal zu verantwortenden Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, vor allem für die sozial schwachen, entgegenzuwirken. Ob in kommunaler Hand oder in freier Trägerschaft – die Mehrzahl der Angebote und Leistungen ist über den Bezirks-



haushalt finanziert: Schulen, Kitas, Freizeiteinrichtungen, Bibliotheken und vieles mehr.

Die PDS hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Viele von ihnen haben ihre kommunalpolitische Kompetenz bereits in der Vergangenheit unter Beweis gestellt. Nehmen Sie uns darum wieder in die Verantwortung. Geben Sie der PDS am 21. Oktober Ihre Stimme – dreimal Liste Drei.

Michael van der Meer

Jahrgang 1957,
Archivar und
Historiker,
seit 1990
in der BVV

Die Hauptversammlung der PDS Berlin Drei nominierte:

Kandidatinnen und Kandidaten für die BVV

Auf Liste 3 (PDS) kandidieren:
1. Burkhard Kleinert, 2. Christine Keil, 3. Christina Pfaff, 4. Michael van der Meer, 5. Almuth Nehring-Venus, 6. Sascha Kummer, 7. Ines Pohl, 8. Sebastian Körner (parteilos), 9. Eveline Lämmer (parteilos), 10. Rudolf Blom, 11. Dr. Marion Kaulitzki, 12. Joachim Hildenstein,

13. Katrin Maillefert, 14. Dr. Wolfgang Bey, 15. Anna Vandenhertz (parteilos), 16. Dr. Axel Bielefeldt, 17. Katja Schmitt (parteilos), 18. Moritz Naujack, 19. Claudia Nier, 20. Thoralf Sahn, 21. Monika Templin, 22. Thomas Fritsche, 23. Marion Rissmann, 24. Thomas Goetzke, 25. Anke Scherer (partei-

los), 26. Erich Wetzl, 27. Rosemarie Fischer, 28. Jans Neumann, 29. Rita Böttcher (parteilos), 30. Gordon Averdung, 31. Doris Milkow, 32. Jan Spindler, 33. Renate Wiesenstein, 34. Roland Nogala, 35. Hannes Richter, 36. Lutz Dühr, 37. Peter Lämmer, 38. Britt Maaß (parteilos).

Fotos der
Kandidatinnen
und Kandidaten
auf der Titelseite

17	18	19	20	21
16	5	6	7	22
15	4	1	8	23
14	3	2	9	24
13	12	11	10	25
30	29	28	27	26

DirektkandidatInnen das Abgeordnetenhaus

Um die Direktwahlkreise (Erststimme) bewerben sich für die PDS:
Jan Spindler im Wahlkreis 1 (Blankenfelde, Buchholz, Buch);
Siglinde Schaub im Wahlkreis 2 (Rosenthal, Wilhelmsruh, Niederschönhausen);
Delia Hinz im Wahlkreis 3 (Pankow-Süd);

Marian Krüger im Wahlkreis 4 (Heinersdorf, Blankenburg, Karow);
Gernot Klemm im Wahlkreis 5 (Weißensee-Süd);
Dr. Michail Nelken im Wahlkreis 6 (Prenzlauer Berg nördlich der Eberswalder Straße, Pappelallee, S-Bahn-Ring, Erich-Weinert- bis Greifswalder Straße);

Marion Seelig im Wahlkreis 7 (Prenzlauer Berg nördlich der Danziger Straße, östlich von Pappelallee, S-Bahn-Ring, Prenzlauer Allee, Erich-Weinert- und Greifswalder Straße);
Bernd Holtfreter im Wahlkreis 8 (Prenzlauer Berg südlich der Eberswalder und Danziger Straße);

Eine sozial gerechte Stadt – Geht das?



Stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Sie verlieren Ihre Arbeit. Das Arbeitslosengeld ist so gering, daß Sie kaum noch die Wohnungsmiete bezahlen können. Der Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten in der Stadt bleibt Ihnen dadurch verschlossen.

Auf Grund einer völlig verfehlten Landespolitik in den zurückliegenden Jahren sind offene und versteckte Armut in Berlin schon fast zur „Normalität“ geworden. Auch in unserem Bezirk gibt es mehr als 20.000 Sozialhilfeempfänger und es herrscht eine Arbeitslosenquote von ca. 18 Prozent. Die Folgen sind wachsende soziale Spannungen, Ausgrenzungen, Vereinsamung und steigende Aggressivität.

Eine verantwortungsvolle Politik, die diese negativen Erscheinungen bekämpfen will, muß die Spaltung der Stadt in Arm und Reich verhindern. Eine ungebremste soziale Polarisierung würde ansonsten zu einer räumlichen und politischen Teilung der Stadt führen und die erstrebenswerte soziale Durchmischung in den Wohnquartieren wäre eine Utopie. Eine soziale Stadtentwicklungspolitik im Bezirk orientiert sich an den folgenden Schwerpunktthemen:

1. Der Wohnraum muß auch für kleine und mittlere Einkommen bezahlbar bleiben. Die Wohnung darf nicht zur Ware und zum Spekulationsobjekt verkommen.
2. Zur Verhinderung von Armut und Arbeitslosigkeit müssen alle Instrumente der sozialen Hilfe und des Arbeitsmarktes effektiv ausgenutzt werden.
3. Die Ortsteilzentren und Kieze müssen städtebaulich und kulturell attraktiver werden und sich zu einem Ort der Kommunikation aller

Bevölkerungsgruppen entwickeln.
4. Die finanziellen Ressourcen müssen gebündelt in den sozialen Schwerpunktgebieten zur Verbesserung der Lebensqualität eingesetzt werden.

5. Die Politik hat die aktive Mitgestaltung der betroffenen Bürger sicherzustellen. Die Bedürfnisse der Bewohner und ihr Gestaltungswille sind für die Kommunalpolitik maßgebend.

Mietobergrenzen

Im Jahr 2005 wird der Anteil der Sozialwohnungen in der Bundesrepublik auf unter 5 Prozent des Wohnungsbestandes abgesunken sein. Gleichzeitig wird der Bedarf nach preiswertem Wohnraum auf Grund niedriger Einkommen und gestiegener Lebenshaltungskosten weiterhin sehr groß sein. Um so dringender ist deshalb der Einsatz sinnvoller Steuerungsinstrumente, wie z.B. die Einführung von längerfristigen Mietobergrenzen in Sanierungs- und Erhaltungsgebieten. In den Ortsteilen Pankow und Prenzlauer Berg gelten fünfjährige Bindungsfristen, die vom Senator für Stadtentwicklung, Strieder (SPD), nicht anerkannt werden, weil angeblich dadurch private Investitionen verhindert werden. Die Praxis beweist das Gegenteil.

Strieder sagt: Mehrjährige Mietobergrenzen sind pure Ideologie! Die Bezirke behaupten aus gutem Grund das Gegenteil, weil Mietobergrenzen unverzichtbar für den Schutz der Mieter vor zu hohen Mieten und vor Verdrängung sind.

Soziale Stadt

Die wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern stellt nicht nur für den Landshaushalt eine ernste finanzielle Belastung dar. Für den Betroffenen selbst ist diese Situation von Hoffnungslosigkeit und materieller Armut gekennzeichnet. Depressionen und Verwahrlosung sind nicht selten die Folge, die zu ernsthaften Erkrankungen führen können.

Das Sozialamt hilft zwar bei der Übernahme der Miete, aber das Selbstwertgefühl des Menschen kann dadurch nicht zurücklerlangt werden.

Um so wichtiger ist es, daß das Sozialamt unseres Bezirkes arbeitsfähige Hilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Seit 1999 konnten weit mehr als 1.000 Sozialhilfebeziehende sich damit eine neue Lebensperspektive aufbauen. Und ganz nebenbei wurden fast 6 Mio. DM an Sozialhilfe eingespart. Ab 2002 wird dieses Modell in allen Ortsteilen unseres Bezirkes eingeführt sein. Dann könnten schätzungsweise 5.000 bis 7.000 Menschen von der Vermittlung in Arbeit und Qualifikation profitieren.

Führt man sich diese Fakten vor Augen dann klingen die Stammtischparolen über die faulen Sozialhilfeempfänger besonders zynisch und dumm. Von besonderer sozialer Kälte ist das „Reformkonzept“ des Ministerpräsidenten Koch (CDU), der bei den Hilfeempfänger kürzen will und sie quasi als Belohnung noch in Zwangsarbeit stecken will. Ganz in dieselbe Kerbe schlägt auch die Berliner CDU, wenn beispielsweise in Reinickendorf der Sozialstadtrat sein Amt systematisch zu einer Ermittlungsbehörde gegen Sozialhilfebrauch ausgebaut hat.

Mit einer vorausschauenden sozialen und solidarischen Stadtentwicklungspolitik haben weder Ausgrenzung und Kriminalisierung von Hilfebedürftigen noch die Eliminierung von Mietobergrenzen etwas zu tun.

Wenn unser Bezirk für alle da sein soll, dann läßt sich das nur mit einer sozial gerechten Stadtentwicklungspolitik verwirklichen. Das solidarische Gemeinwesen muß vor neoliberalen und konservativen Übergriffen geschützt werden.

Dr. Andreas Bossmann
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Soziales

Kinder- und familienfreundlicher Bezirk

Bei der Gestaltung des Bezirkes und bei allen Planungsentscheidungen kommt es darauf an, die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien zu berücksichtigen. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung mit Spiel- und Sportplätzen genauso, wie der sichere Schulweg oder der garantierte Kitaplatz. Neben der Sicherung der notwendigen Kapazitäten in Kitas, im Hort und in Sport- und Freizeiteinrichtungen ist die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel in den nächsten Jahren Schwerpunkt, um die inhaltliche Arbeit in den Einrichtungen, ihre Ausstattung und ihren baulichen Zustand zu verbessern. Deshalb muß Schluß sein mit der Kürzungspolitik, die in den vergangenen Jahren von Senat und Abgeordnetenhaus praktiziert worden ist.

Kinder- und Familienfreundlichkeit heißt aber auch, daß die Schulen nicht nur als Lernort, sondern auch als Lebensort ausgestaltet werden, daß sie in das Wohngebiet eingebunden werden, daß die Schulfreiflächen auch außerhalb der Schulzeit zur Nutzung durch Kinder und Jugendliche geöffnet wer-

den, daß Schulen und Sportvereine zusammenarbeiten.

Eine große Rolle spielen der Kinder- und Jugendschutz und die Gesundheitserziehung als gemeinsame Aufgabe von Jugendamt, Kitas, Schulen und Gesundheitsamt. Informationen und Projekte zur Sucht- oder Gewaltvorbeugung, zu gesunder Ernährung und Früherkennung von gesundheitlichen Schädigungen sollen den Familien bei der Erziehung helfen und auch Unterstützung für die Arbeit von Erziehern und Lehrern sein.

Wichtig für mehr Kinderfreundlichkeit ist nicht zuletzt die bessere Verständigung zwischen Alt und Jung. Das liegt mir besonders am Herzen, denn so tolerant „verständnisvoll erziehend“, wie die Kinder uns Erwachsene heute erleben, so werden sie später selbst handeln. Leider entwickeln sich Spielplätze und Jugendfreizeiteinrichtungen oft zum Konfliktfall zwischen Kindern und Jugendlichen und erwachsenen Nachbarn. Mit generationsübergreifenden Projekten und Öffnung von Jugendfreizeiteinrichtungen für die Nachbarschaft sollen Vorbehalte überwunden werden.



Christine Keil
Jahrgang 1953,
Maschinenbau-
ingenieurin,
seit 1996
Stadträtin

Natürlich gehört zur Kinderfreundlichkeit auch, Entscheidungen nicht an Kindern und Jugendlichen vorbei zu treffen. Gerade bei der Ausgestaltung konkreter Projekte wie Spielplatzplanung oder Jugendfreizeitangeboten oder schulischer Programme sollen Kinder und Jugendliche bewußt einbezogen werden.

Christine Keil
Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport

Schule braucht Qualität

Durch die Fusion entstand ein Bezirk mit 83 Schulen in seiner Trägerschaft. Darunter sind 43 Grundschulen. Bei der Erarbeitung eines



Schulentwicklungsplanes für den Bezirk wird es der PDS dabei weiterhin in erster Linie darauf ankommen, alle Betroffenen am Planungsprozeß zu beteiligen. Auch in den nächsten Jahren sind aufgrund niedriger Schülerzahlen Grundschulen gefährdet. Kosten dürfen jedoch nicht die einzigen Argumente für Planungsentscheidungen sein. Eine wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren ist es, für die Schülerinnen und Schüler Schulen zu erhalten, in denen sie unter guten Bedingungen und in der Nähe ihres Wohnortes lernen können. Ein ähnlicher Prozeß wird ablaufen, wenn die geburtschwachen Jahrgänge das Oberschulalter erreichen. Auch hier muß

gewährleistet werden, daß eine Vielfalt in der Oberschullandschaft erhalten bleibt. Weiterhin muß trotz der geringen Haushaltsmittel die Sanierung von Schulen Priorität haben. Der Zustand der Schulen im Bezirk ist aber auch von den Rahmenbedingungen, die die Landespolitik setzt, abhängig. In der Debatte um das neue Schulgesetz wird sich die PDS unter anderem dafür einsetzen, daß Integration behinderter Kinder ohne Vorbehalte ermöglicht wird. Der Schulhort muß gesichert werden. Die Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung von Schülern, Eltern und Lehrern müssen ausgebaut und nicht beschnitten werden. *Thoralf Sahn*

Thoralf Sahn
Jahrgang 1978,
Pädagogikstudent,
seit 1999
in der BVV

Gesundheitsstandorte erhalten

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht etwas über das Gesundheitswesen in den Medien berichtet wird.



Jahrgang 1947
Dilpomingenieur,
seit 1999 BVV-
Vorsteher

Leider ist das in der Regel nichts Gutes. Dabei ist der Grad der ärztlichen Versorgung in den Berliner Bezirken im Durchschnitt nicht schlecht.

Unsere Forderung nach einer Gesundheitsplanung auf der Basis kontinuierlicher Gesundheitsbe-

richterstattung muß die Entwicklung in den Ortsteilen auch künftig einschließen. Besonders berücksichtigt werden sollen dabei sozial benachteiligte Gruppen sowie die Arbeits- und Wohnbedingungen.

In unserem Bezirk gibt es immer weniger Krankenhäuser. Erinnert sei an das Kinderkrankenhaus in Weißensee. Obwohl es fundierte Konzepte zur weiteren Nutzung gab, wurde die Schließung verfügt. Benachteiligt sind die Bewohner im Einzugsbereich. Sie müssen nun weite Wege in Kauf nehmen und insbesondere auf eine spezialisierte Kinderbehandlung verzichten.

Mit Privatisierung des Klinikums in Berlin-Buch und der Bildung der Vivantes Krankenhaus-GmbH gibt es nun kein öffentlich verwaltetes Krankenhaus mehr in Berlin. Erste Auswirkungen sind schon erkennbar. Das einzige Krankenhaus im Prenzlauer Berg wird wohl nicht mehr lange als Krankenhausstandort bestehen bleiben. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist absehbar. Begründet wird dies vorwiegend mit wirtschaftlichen Aspekten. Es ist unbestritten, auch bei den mei-

sten Mitarbeitern, daß im Krankenhaus effektiv gearbeitet werden muß.

Effektivitätsreserven können erschlossen werden, indem z.B. keine Doppeluntersuchungen (Arztpraxis, Krankenhaus) mehr durchgeführt werden, der Übergang des Patienten vom Krankenhaus zur Arztpraxis effektiver gestaltet wird, die Weiterbildung des Personals intensiviert wird, usw. Dies setzt aber veränderte Rahmenbedingungen voraus, die wir auf Landes- und Bundesebene anregen werden.

Alle Bestrebungen der Krankenkassen zur Gesundheitsvorsorge und -förderung, die noch massiv verstärkt werden müssen, finden unsere Unterstützung. So können Gesundheitsgefährdungen mit erheblichen Folgekosten frühzeitig erkannt und verhindert werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß an den Gesundheitsstandorten unseres Bezirks kooperativ arbeitende Einrichtungen entstehen. Sie sollen, bedarfsgerecht und wirtschaftlich im Interesse des Patienten agieren.

Dr. Axel Bielefeldt

Bildung ist eine Wirtschaftskraft

Jahrgang 1959
Journalistin, seit
1999 in der BVV



Wer im Bezirk merkt etwas von der Arbeit der Bezirksverordneten,

die sich um Wirtschaft und Arbeit kümmern?

Da sind Betriebe. Mitten im Prenzlauer Berg entsteht eine moderne Produktionsstätte der Biotechnikfirma epigenomics. Auch PDS-Bezirksverordnete waren aktiv daran beteiligt, eine stadtoökologische Lösung für diesen Bau, der Arbeitsplätze schafft, zu finden. Gleiches gilt für die unbürokratische Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und des Tourismus im Bezirk.

Ausschußsitzung für Ausschußsitzung haben wir das Bezirksamt nach dem Fortgang des bezirklichen Beschäftigungsbündnisses gefragt. Das Bündnis allein, für das es jetzt wenigstens beschlossene Hand-

lungsfelder gibt, bringt noch keine Arbeit. Aber das Netzwerk, das entsteht, wird bei der Verwirklichung von neuen Projekten sowie bei der Suche nach Finanzierungsquellen Erfolge zeigen. Da wir davon überzeugt sind, werden wir diesen Weg weiter unterstützen. Das trifft auch auf den neuen Ausbildungsverbund zu, der Ausbildungsplätze in der Region schafft. Hier sind es vor allem Jugendliche, die etwas von der Arbeit der Bezirksverordneten merken.

Die PDS wird in der kommenden Legislatur vor allem auf Bildung, auf Möglichkeiten für lebenslanges Lernen einen Fokus legen. Bildung ist eine Wirtschaftskraft.

Almuth Nehring-Venus

Stadterneuerung in Sanierungsgebieten

Was antwortet man einer berufstätigen Mutter mit zwei Kindern, die seit langem im Prenzlauer Berg wohnt und aus ihrer dunklen Wohnung im Erdgeschoß in eine hellere umziehen möchte, möglichst in derselben Gegend? Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist ihr nicht zu helfen, und dies obwohl sie bereit ist, 25 Prozent ihres Einkommens für die Kaltmiete auszugeben; sie selbst bemüht sich tagtäglich seit einem Jahr – vergeblich. Wann wird auch sie den Kietz verlassen?

Das ist die traurige Bilanz des Projekts „Behutsame Stadterneuerung“, das kürzlich sein 10jähriges Jubiläum beging, seine „Halbzeit“, wie es drohend hieß. Denn noch so eine Runde und die soziale Mischung, die den Bezirk lebens- und lebenswert machte, gehört endgültig der Vergangenheit an.

Die Weichen dafür sind gestellt. „Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur“ lautet der senatsamtliche Slogan für die kommenden Jahre. Die ohnehin knappen Mittel für die Sanierungsgebiete sollen bevorzugt der Aufwertung des Wohnumfelds zugute kommen, Plätzen,

Straßen, Kitas und Schulen. Jüngst entstandene Kinderspielplätze, ebenso nobel wie steril, zeigen, worum es den Planern geht: um gehobenes Flair für Besserverdienende statt um erschwingliche Mieten für alle.

Dagegen gilt es Widerstand zu organisieren. Widerstand auch gegen die immer neuen Versuche, die Einrichtung von Mietobergrenzen entweder ganz rückgängig zu machen oder zu unterlaufen. Darüber, wie das Quartier und der gesamte Großbezirk sozial beschaffen sein sollen, wird in der kommenden Wahlperiode zu streiten sein.

Umkehr, nicht Halbzeit ist die politische Devise.

Nötig ist ein Sanierungskonzept, das zu seinen ursprünglichen Grundsätzen zurückkehrt, was vor allem heißt, Mietverhältnissen unbedingte Priorität gegenüber privatem Wohneigentum einzuräumen.

Aber es geht nicht allein um die soziale Mischung in innerstädtischen Wohngebieten; auch die Mischung der Gewerbe ist längst aus der Balance geraten. „Normale“ Geschäfte, die auf den alltäglichen Bedarf abgestimmt sind, wurden und wer-

den noch immer durch Restaurants, Bars, Boutiquen, Antiquitätenläden und ähnliche Lokalitäten des gehö-



Jahrgang 1953,
Regisseurin, seit
1999 in der BVV

benen Mittelstands verdrängt. Das Ergebnis ist eine Monokultur, bei der das Angebot verkümmert, in dem die Nachfrage der immer gleichen Klientel nach den immer gleichen Gütern zum dominierenden Faktor wird; eine Entwicklung, die Minder-, selbst Durchschnittsverdiener aus Häusern und Läden vertreibt und den sozialen Austausch zunehmend verarmen läßt. *Anna Vandenhertz*

Solidarität im Kampf um Lebenschancen

In einer Großen Anfrage unterstellte die CDU-Fraktion in der BVV



Sozialhilfeempfänger/innen massenhaften Sozialhilfe mißbrauch, verbunden mit Arbeitsverweigerung und krimineller Energie beim Ausnutzen sozialer Leistungen. Es wundert mich daher nicht, daß auch bundesweit in CDU Kreisen die Mißbrauchdemagogie im Kontext mit Konzepten der Aktivierung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/innen Berücksichtigung findet. Dahinter steckt pure Demagogie und Menschenverachtung!

In unserem Bezirk beziehen circa 23.000 Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Gründe dafür sind sehr differenziert. Es sind Einzelschicksale, die nicht zu pauschalisieren sind. Es sind Menschen die Solidarität brauchen, weil sie in Not

geraten sind und sie haben einen gesetzlichen Anspruch auf Hilfe.

Solidarität heißt für mich nicht, Solidarität im Verzicht – sondern im gemeinsamen Kampf um Lebenschancen!

Eine große Zahl von Menschen in unserem Bezirk leben unter oder an der Armutsgrenze. Alleinerziehend, Migrant, Arbeitslos oder Alt zu sein, gehört heute zu den Armutsrissen. Deshalb trete ich für das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, verbunden mit einer bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung ein. Dazu zählt für mich auch der Erhalt bzw. der Ausbau von bezahlbaren Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe.

Eveline Lämmer

Jahrgang 1953,
Kulturwissenschaftlerin, seit
1995 in der BVV

Verkehr im Norden

Zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserem Bezirk gehört es, einen attraktiven öffent-



Rudolf Blom
Jahrgang 1950,
Kaufmann, seit
1999 in der BVV

lichen Personennahverkehr zu gestalten. Dabei sind – auch durch das beharrliche Eintreten der PDS – einige Fortschritte erzielt worden. Zu nennen sind: die Eröffnung des U-

Bahnhofes Pankow, die Verlängerung der Straßenbahnlinie 50 ins Neubaugebiet Französisch-Buchholz, die Bus-Verbindung der Linie 121 von Französisch-Buchholz über Reinickendorf nach Charlottenburg und die Einsetzung des X-Busses von Pankow nach Hellersdorf. Im Spätherbst wird endlich auch die Tram-Haltestelle stadtauswärts am U- und S-Bahnhof Pankow so verlegt, daß ein bequemes Umsteigen möglich wird. Außerdem fordern wir nach wie vor den durchgehenden Nachtverkehr der U-2 bis zum U-Bahnhof Pankow und für das Karower Neubaugebiet muß endlich der S-Bahnhof Buch-Süd gebaut werden.

Der Bau neuer Zufahrtsstraßen in den äußeren Bereichen des Bezirks ist in Abstimmung mit den Betroffenen so zu gestalten, daß möglichst wenig Belastungen für die Anwohner entstehen. Die BVV hat ein verkehrspolitisches Konzept für den Großbezirk beschlossen. In diesem Zusammenhang lehnt die PDS die Nord-Tangente und den Bau einer

Straße durch die Kleingärten am Volkspark Prenzlauer Berg ab. Sie spricht sich gegen den Ausbau des Innenstadtringes in den Straßenzügen Bernauer–Eberswalder–Danziger Straße bzw. Bornholmer–Wisbyer–Ostsee–Michelangelostraße aus. Für das Gebiet um die Max-Schmeling-Halle muß umgehend eine wirksame Verkehrsberuhigung durchgesetzt werden.

Zur Umsetzung des Verkehrskonzepts ist es unabdingbar, daß die untere Straßenverkehrsbehörde endlich in bezirkliche Verantwortung kommt.

Mit einer Veranstaltung im Pankower Rathaus zum Fluglärm, die gemeinsam von der PDS und der Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz einberufen wurde, haben wir den Nerv der betroffenen Menschen getroffen. Wir bleiben dabei, nehmen den Protest auf und setzen uns dafür ein, daß das Nachtflugverbot in Tegel strikt eingehalten wird. Der Flugplatz Tegel darf nicht weiter ausgebaut werden.

Rudi Blom

Gegen den Alltagsrassismus

Ines Pohl
Jahrgang 1970,
Erzieherin, kandidiert erstmals
für die BVV

Negerküsse und Mohrenköpfe; im Laden den Detektiv oder die beobachtenden Blicke der VerkäuferInnen immer im Nacken spürend...

Du gehst bei Rot über die Straße und hörst: „...ihr solltet endlich mal lernen, wie man sich hier zu benehmen hat!“. Leute, die ihre Nase rümpfen oder dich anspucken. Und warum sprechen andere Menschen mit dir, als ob du sie nicht verstehen würdest, noch bevor du überhaupt ein Wort gesagt hast? Der Grund dafür – du siehst nicht „deutsch“ aus.

Das ist Alltagsrassismus und er bestimmt das Leben vieler Menschen in unserer Stadt und unserem Bezirk. Er ist „Normalzustand“ und Realität für jeden, der nicht „deutsch“ aussieht in diesem Land. Das ist kein Zufall, sondern das

Ergebnis einer Gesellschaft, die so strukturiert ist, daß niemand, der in ihr aufwächst, frei von Rassismus und Vorurteilen ist. Aber es liegt auch an jedem Einzelnen, sich von Vorurteilen, Zuschreibungen und Stammtischparolen frei zu machen, sensibler zu werden für Alltägliches, und Erlerntes oder Gewohntes in Frage zu stellen. Hat nicht jeder Mensch, egal welcher Herkunft, welchen Glaubens oder welcher Hautfarbe ein Recht auf ein glückliches Leben? Es kann und darf nicht so bleiben, daß Menschen in einer Stadt und dennoch in so grundsätzlich verschiedenen Welten leben.

Natürlich genügt es dafür nicht, allein dem Alltagsrassismus zu begegnen, aber er ist ein Baustein im Fundament des Rechtsextremis-



mus, dem entgegengetreten werden muß. Für dieses Ziel wird sich die PDS auch weiterhin in der BVV engagieren und entsprechend Einfluß auf die Gestaltung der Kommunalpolitik nehmen.

Ines Pohl

Bildung für alle

Die Hauptbibliothek Pankow ist in das ehemalige jüdische Waisenhaus in der Berliner Straße gezogen, wo circa 1.600 Quadratmeter Fläche zur Verfügung stehen; die Bestände der ehemaligen Bibliothek Harzburger Straße gingen ebenfalls in die neue Bibliothek.

Die drei Volkshochschulen im neuen Großbezirk sind nun fusioniert. Die Ausgangsbedingungen waren hier im Gegensatz zu den Musikschulen sehr verschieden. Zum Frühjahrssemester konnte erstmals eine gemeinsame Broschüre veröffentlicht werden. Das Programm der Volkshochschule ist inzwischen auch im Internet abrufbar, außerdem wird durch die Einführung des VASIT-Verwaltungsprogrammes bald eine berlinweite Kursanmeldung möglich sein.

Für die Fusion der drei Musikschulen ist durch die ähnliche Ausstattung eine gute Voraussetzung gegeben. Die dezentralen Einrichtungen bleiben erhalten – sinnvoll für die pädagogische Arbeitsfähigkeit – und gleichzeitig wird die neue Chance durch eine stärkere Vernetzung genutzt: Austausch von Musikinstrumenten und Neufor-

mierung von Ensembles durch Schüleraustausch.

Das geplante Musikschulgesetz im Rahmen des Berliner Schulgesetzes ist notwendig, um die besonderen Leistungen der Musikschulen zu sichern, die freie Schulen nicht bieten können, wie Chancengleichheit beim Zugang zu Musikunterricht, Vielfalt des Angebotes, Ensemblemusizieren und Begabtenförderung. Der Name „Musikschule“ soll gesetzlich geschützt werden, für alle Schulen, die diese Anforderungen erfüllen.

Unser bildungspolitisches Ziel ist die Wahrung sozialer Chancengleichheit durch gleiche Ausbildungsmöglichkeiten. Dafür ist es nötig, alle Bildungseinrichtungen mit allen uns möglichen Mitteln darin zu unterstützen, ihr Angebot den Angehörigen aller soziokulturellen Milieus bzw. sozialer Schichten zugänglich zu machen, z.B. durch Fördermittel des Freundeskreises der Musikschule und Ermäßigung für sozial Schwache. So kann eine möglichst optimale Entfaltung der Begabung und des intellektuellen Leistungsvermögens ermöglicht werden. Aktuelles Problem ist die relativ schlechte Aus-

stattung, z.B. durch veraltete Instrumente. Die berlinweite Vernetzung wird bisher zu wenig genutzt und funktioniert nur in Einzelfällen. Die Schwelle für ermäßigtes Unterrichtsentgelt ist aufgrund der begrenzten Fördermittel leider relativ

Anke Scherer
Jahrgang 1974,
Diplom-Design-
erin, seit 1999 in
der BVV



hoch, weswegen nicht alle sozialen Schichten erreicht werden können. Und für die erfreulich große Nachfrage gibt es leider oft zu wenig Plätze.

Anke Scherer

Frauen- und Gleichstellungspolitik

Die Fusion der drei Bezirke bringt viele Veränderungen mit sich, nicht nur quantitative, auch qualitative



und strukturelle Veränderungen. Und das alles bei leeren Haushaltskassen. Trotzdem oder gerade deswegen denke ich, daß jetzt (endlich) der Zeitpunkt gekommen ist, für einen neuen Ansatz von Frauen- und Gleichstellungspolitik.

„Gender mainstreaming“ – ein Begriff der bei nicht wenigen heute noch ein müdes Lächeln hervorruft, bietet neue Chancen, PDS-Ansprüche an feministische Kommunalpolitik umzusetzen.

Dabei geht es um Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit als grundsätzlichen Politikanatz, als Politikmethode, derzufolge auf allen politischen und administrativen Ebenen die Chancen-

gleichheit von Frauen und Männern als Fragestellung und Auftrag eingebunden werden soll.

Ganz in diesem Sinne setzt sich die PDS für den Erhalt der Frauen- und Mädchenprojekte im Bezirk ein. Der Ausbau eines funktionierenden Netzwerkes darf aber nicht als „allein weibliches Anliegen“ verstanden werden. Investitionen in eine bezirkliche Frauen- und Mädchenstruktur werden sich mittel- und langfristig als Gewinn für den Bezirk erweisen.

Gleichstellungspolitische Leitlinien, wie sie das Bezirksamt beschlossen hat, sind nur ein erster Schritt.

Christina Pfaff
Jahrgang 1950,
Erzieherin, seit
1992 in der BVV

Tina Pfaff

Umweltbüro im Großbezirk

Eigentlich hätte das Umweltbüro in Weißensee in diesem Jahr sein

zehnjähriges Jubiläum feiern können, wenn..., ja wenn das Büro unter einem anderen Stern im Bezirk stehen würde.

Was am 15. April 1991 so hoffnungsvoll mit dem Beginn von Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerberatung auf dem Gebiet der Ökologie startete, entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer erfolgreichen und öffentlichkeitswirksamen Einrichtung, die zunehmend von breiten Bevölkerungsschichten in Anspruch genommen wurde. Daß man heute, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, keine Eulen mehr nach Athen bringen muß, wenn von ökologisch sinnvoller Lebensweise die Rede ist, hat auch mit der intensiven Tätigkeit des Umweltbüros zu tun, welches sich

von Anfang an der Breitenarbeit in den Schulen, von der Einzelbetreuung in den eigenen Räumen bis bis zur konkreten Projektarbeit vor Ort verpflichtet fühlte.

Ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm, auch in Kooperation mit Naturschutzverbänden und kommunalen Lehreinrichtungen wie der Volkshochschule, prägt die heutige Tätigkeit des Büros.

Wenn wir dem Gedanken „Global denken – lokal handeln“ Taten folgen lassen wollen, so ist die Arbeit des Umweltbüros in unserem Bezirk auch für die Zukunft unverzichtbar. Wir werden jedenfalls alles tun, damit das Umweltbüro zukünftig unter einem besseren Stern im Bezirk stehen wird.

Claudia Nier



Claudia Nier
Jahrgang 1954, Architektin, seit 1999 in der BVV

WANNWOWASWANNWOWASWANN

7. September

19 Uhr Buchlesung mit Sally Perel „Ich war der Hitlerjunge Salomon“, Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23

8./9. September

10–18 Uhr Fest an der Panke, Breite Straße (Pankow)

9. September

Tag der Mahnung und Begegnung
13–18 Uhr Aktionstag gegen Rassismus und Neonazismus mit Diskussionsrunden und Infoständen, Buchbasar, Musik und Kinderfest, auf dem Platz vor dem Roten Rathaus
18.30 Uhr Stilles Gedenken am Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma, Scheidemannstraße

11. September

19 Uhr Basisberatung mit Delegierten zum Bundesparteitag der PDS, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

13. September

19 Uhr Gedenkveranstaltung der kulturellen Vereinigung „Gabriela Mistral e.V.“, Musik-Homage an Victor Jara, in der WABE, Ernst-Thälmannpark (Prenzlauer Berg)

14. September

13.30 Uhr Wahlveranstaltung der Weißenseer Ortsgruppe 7 der Volkssolidarität im Treffpunkt Links, Pistoriusstraße 24

15. September

Pankower Spätsommer, Stadtteilstoff des Forum Pankow-Süd, Elsa-Brändström-Straße (nahe U-Bhf. Vinetastraße)

15./16. September

Rosenthaler Herbst, Stadtteilstoff

19. September

19 Uhr AG Politische Bildung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

22. September

14 Uhr Fête du Mauerpark, um die Schwedter Straße zwischen Bernauer und Gleimstraße

27. September

15–18 Uhr PDS-Kiezfest in der Bühringstraße, Freifläche neben der Kita

28. September

14–19 Uhr PDS-Kiezfest im Komponistenviertel, Solonplatz

3. Oktober

Einheitsmarkt auf dem Alexanderplatz

10. Oktober

18 Uhr Podiumsdiskussion mit Claudia Hämmerling (B90/Gr), René Stadtkewitz (CDU), Gerd Schilling (SPD) und Gernot Klemm (PDS), Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23

13. Oktober

Fest auf dem Hugenottenplatz (Französisch Buchholz)

21. Oktober

Wahlsonntag

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede und Wolfram Kempe
V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß: 30. August 2001
Druck: double express Auflage: 40.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Ich möchte

- Mitglied der PDS werden
- regelmäßig „extraDrei“ beziehen
- regelmäßig die PDS-Landeszeitung „LAZ“ beziehen
- das Berliner Wahlprogramm der PDS
- das bezirkliche Wahlprogramm der PDS Berlin Drei
- Informationen zu Politikangeboten der PDS aus dem Bereich

Vorname, Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden, ausfüllen und einsenden an PDS Berlin Drei, Kopenhagener Straße 76, 10437